



PROGRESSIVE ROCK

Mother's Cake bringen harte Gitarrenriffs ins Göttinger Exil

SEITE 12



GITARRENKUNST

Ausnahmegitarristin Yasi Hofer & Band verzaubern im Göttinger Nörgelbuff

SEITE 13



PARITÄTSGESETZ

Frauenforum Göttingen fordert Gleichstellung in deutschen Parlamenten

SEITE 14

STADTGESPRÄCH



GESTOHLEN: Unbekannte Diebe stehlen in Varlosen vier Alpakas von der Weide.

KURZNOTIZEN

Erneut Betrüger am Telefon

GÖTTINGEN. Erneut haben Betrüger am vergangenen Wochenende versucht, vornehmlich ältere Menschen telefonisch zur Herausgabe von Bargeld und Schmuck zu überreden. Mehrere Versuche im Göttinger Stadtgebiet scheiterten, weil die Angerufenen Verdacht schöpften und die Polizei informierten. Die Täter gaben sich in den Fällen entweder als Polizeibeamte oder auch als nahe Verwandte aus. Die Polizei rät in diesem Zusammenhang, am Telefon nicht auf Forderungen nach Geld oder Wertsachen einzugehen. *ms*

Piraten gegen XXXL-Markt

GÖTTINGEN. Im Vorfeld der Ortsratssitzung am Donnerstag, 16. März, fordern die Göttinger Piraten ein klares Bekenntnis von SPD und Grünen gegen die Ansiedlung des XXXL-Möbelmarkts in Grone. Mit einem bereits mehrmals verschobenen Antrag wollen Piraten, CDU und FDP die Möbelverkaufsfläche für den Markt auf das Maß eines üblichen Einzelhandelsbetriebes begrenzen. Für den Wirtschaftsstandort Weende werden Einbußen im Möbelsektor von über 20 Prozent prognostiziert. Diese Zahlen würden bedeuten, dass mindestens ein mittelständischer Betrieb in Weende schließen müsste, heißt es in der Mitteilung der Piraten. Das wiederum führe zu der grotesken Situation, dass man an einem Standort ein neues Möbelhaus gebaut haben wird, während woanders in derselben Stadt eines leersteht. *ms*

Auto in der Leine entsorgt

GÖTTINGEN. Passanten haben am vergangenen Wochenende in Höhe Königsbühl ein Auto in der Leine entdeckt. Der zehn Jahre alte VW Passat war von den Tätern zuvor ausgeschlachtet und anschließend im Gewässer entsorgt worden. Die Scheiben waren eingeschlagen, Personen befanden sich nicht im Auto. Der Aufwand bei der Bergung aus dem Wasser sei erheblich gewesen, berichtete die Polizei am Montag. Die Berufsfeuerwehr hatte eine Ölsperre auslegen müssen, um mögliche Betriebsstoffe aufzufangen. Nach bisherigen Erkenntnissen seien bei der illegalen Beseitigung dennoch Motoröl und Kraftstoff in das Gewässer gelaufen. Gegen den Halter wurde jetzt ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. *ms*



Bei der Razzia in Göttingen hat die Polizei einige Waffen sichergestellt.

FOTO: DPA

Aufruf zu „Dawa-Großprojekt“

Radikale Muslime wollen an Uni missionieren / Geplanter Salafisten-Anschlag sollte sich offenbar gegen Studenten richten

VON MATTHIAS HEINZEL

GÖTTINGEN. Auf der radikalislamischen Internet-Plattform „Im Auftrag des Islam“ suchen Sympathisanten „Schwestern oder Brüder“ für eine Missionierungsaktion. Ziel des geplanten Werbeversuchs für den Islam ist offenbar die Göttinger Universität. „Für ein Dawa-Großprojekt“, hieß es auf der Facebook-Seite von „Im Auftrag des Islam“, „brauchen wir praktizierende Brüder.“ Autorin des Aufrufs ist „Ayad Musa“. „Dawa“ kann als Aufruf verstanden werden, dem Islam aufzutreten, oder öffentlichkeitswirksam als Muslime aufzutreten, beispielsweise mit Gruppenbeten im öffentlichen Raum, sagt die Islam-Ex-

pertin Sigrid Herrmann-Marschall.

Musa erklärt in einer andernfalls Mitteilung, sie sei von der Islamischen Hochschulgemeinde (IHG) Kiel. Sie fragt an, ob die IHG Göttingen noch aktiv sei. Antwort: Nein, aber „ein Neustart ist jedoch geplant“, teilt „Sophie“ mit. Allerdings habe man derzeit noch Mühe, Mitstreiter zu finden. Musa aus Kiel kündigt zudem die Gründung eines Dachverbands aller IHG in Norddeutschland an.

Unterdessen wurde bekannt, dass sich der geplante Anschlag der beiden Anfang Februar festgenommenen Salafisten offenbar gegen Studenten der Universität richten sollte. Der 23-jährige Nigerianer und der 27-jährige Alge-

rier hätten offenbar „das Wissen“ möglichst vieler „Ungläubiger“ auslöschen wollen, zitiert die „Bild“-Zeitung einen nicht namentlich genannten Ermittler in der Sache.

„Für ein Missionierungs-Großprojekt brauchen wir praktizierende Brüder.“

Aufruf auf der Facebook-Seite „Im Auftrag des Islam“

Dazu, ob der Nigerianer Kontakte zu der nigerianischen radikalislamischen Terrorgruppe Boko Haram hatte, will sich die Göttinger Polizei nicht äußern. Die Organisation, die dem „Islamischen Staat“ die Treue ge-

schworen hat, strebt die Einführung der Scharia in ganz Nigeria und das Verbot westlicher Bildung an. Auch die Frage, ob sich der geplante Anschlag tatsächlich gegen die Universität richten sollte, wollte die Polizei nicht beantworten. Die Ermittlungen der Polizei dauerten weiter an, teilte Polizeisprecher Michael Weiner mit: „Einzelne Zwischenergebnisse werden, insbesondere mit Blick auf die noch laufende Prüfung beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, nicht veröffentlicht.“

Das BVG muss darüber entscheiden, ob die beiden Männer allein deshalb abgeschoben werden dürfen, weil sie als „Gefährder“ der staatlichen Ordnung der Bundesrepublik gelten, ohne dass ihnen kon-

krete terroristische Aktionen nachgewiesen wurden. Entsprechende Ermittlungen hatte die Generalstaatsanwaltschaft Celle eingestellt. Das Verfahren vor dem BVG könne sich hinziehen, weil dieses rigorose Vorgehen gegen Gefährder juristisches Neuland bedeute, hieß es im Niedersächsischen Innenministerium. Sowohl der Algerier als auch der Nigerianer sitzen weiterhin in Abschiebehaft in Langenhagen.

Eine Abschiebung in einem solchen Fall hat es in der Bundesrepublik bislang nicht gegeben. Der Göttinger Polizeipräsident Uwe Lührig hatte kurz nach der Festnahme Anfang Februar erklärt, ein Anschlag habe nach Einschätzung der Polizei unmittelbar bevorstanden.

Schüler sollen „verpflichtend“ nach Bovenden

Debatte um Anmeldeverfahren für weiterführende Schulen in Stadt und Kreis geht weiter

GÖTTINGEN. Das Wirrwarr um neue Bezirke für die weiterführenden Schulen in Stadt und Landkreis Göttingen geht weiter: Jetzt sollen die Oberschulen des Kreises wieder aus der Göttinger Satzung herausfallen. Zugleich sollen Gesamtschüler „verpflichtend“ die IGS Bovenden besuchen, wenn sie an Göttinger Gesamtschulen abblitzen.

So steht es im jüngsten Entwurf der Stadtverwaltung, der an diesem Dienstag im Schulausschuss beraten und am Freitag im Rat beschlossen werden soll. Der Kreistag wird seine Satzung ebenfalls noch ändern.

Vergangene Woche hatte die Göttinger Verwaltung in der Satzung noch ausdrücklich die Option aufgenommen, dass

Göttinger Schüler die Oberschulen des Landkreises in Groß Schneen und Dransfeld besuchen können. Damit wollte die Stadt sicherstellen, dass an den Göttinger Gesamtschulen weiterhin leistungsdifferenziert gelöst werden kann, wenn sich mehr Kinder anmelden, als es freie Plätze gibt. Dieses Verfahren ist zurzeit umstritten und wird vor allem vom Land kritisiert. Hintergrund: Seit es keine Haupt- und Realschulen mehr in Göttingen gibt, gelten die Gesamtschulen als ersetzende Schulen. Das Land ist der Ansicht, dass diese Schulen alle Kinder aus der Stadt aufnehmen müssen, bevor sie Kreisschüler berücksichtigen, und hält damit auch das Losverfahren für überflüssig. Den Verweis an

die IGS in Bovenden unter Trägerschaft des Landkreises sieht das Land druch die alte Satzung nicht gesichert.

Um das Verfahren zu retten, wollen Stadt und Landkreis ihre Satzungen ändern. Die erste Idee: Oberschulen werden mit in den Göttinger Schulbezirk aufgenommen. Sie ersetzen Haupt- und Realschulen und die Gesamtschulen könnten weiterhin lösen. Das stieß in dieser kompromisslosen Formulierung beim Landkreis auf Bedenken, bestätigte Kreisschuldezernent Marcel Riethig (SPD). Die Oberschulen könnten an Kapazitätsgrenzen stoßen. Dass sie bei freien Plätzen auch Stadtschüler aufnehmen können, werde in der Satzung des Kreises geregelt. Das Losverfahren und



T. Häntsches

vor allem den Verweis auf die Bovender Schule sieht Göttingens Schuldezernent Siegfried Lieske (Grüne) dennoch gesichert – durch eine andere neue und detaillierte Formulierung in der Satzung: Danach können auch Stadtkinder an eine Gesamtschule außerhalb der Stadt, aber innerhalb des Schulbezirks verwiesen werden, wenn die städtischen Gesamtschulen voll sind. Sie sind dann „verpflichtet“, die IGS Bovenden zu besuchen, wenn sie eine Schule dieser Schulform besuchen möchten. Die CDU-Ratsfraktion kritisiert

den jüngsten Satzungsentwurf – gerade „weil alles beim Alten bleibt“, erklärte ihr schulpolitischer Sprecher Thomas Häntsches. Die CDU bezweifle, dass Eltern aus südlichen und westlichen Stadtteilen ihr Kind dann nach Bovenden schicken werden. Sie würden eher ein Gymnasium wählen. „Und da es in der Regel die schwächeren Schüler sind, die so auf eine für sie völlig ungeeignete Schule gezwungen werden, zieht dieses Verfahren massive pädagogische Probleme nach sich“, kritisiert Häntsches. *us*

Über den Satzungsentwurf berät der Schulausschuss des Rates Göttingen am Dienstag, 14. März, ab 17 Uhr während einer Sondersitzung im Neuen Rathaus.